

Eine Reise ins Unbekannte

Von Hans-Peter Schwarz

Man redet heute viel, etwas zu viel, möchte man meinen, von der deutschen Erinnerungskultur. Nach dem Vorbild des christlichen Festkalenders knüpft diese an bestimmte Kalendertage und an bestimmte Vorgänge an, die dann, sei es Jahr für Jahr oder Jahrzehnt für Jahrzehnt in zivilgesellschaftlichen Feierstunden mit Ansprachen politischer Dignitäre, mit Umzügen, Kranzniederlegungen und Betroffenheitskerzen-Ketten begangen werden. Der zivilgesellschaftlichen Breitenwirkungen dienen Fernseh-Serien, in denen schon hundertmal gezeigte Dokumentarfilme recycelt werden, ergänzt von Zeitzeugen in manchmal schon vorgerückten Jahren, die sich erinnern. Dazu gehören dann auch wissenschaftliche Konferenzen, auf denen dieselbe Thematik ins Licht der Forschung gerückt wird. Ich konstatiere das alles ganz ohne Ironie als ein *fact of life* unserer säkularisierten Gesellschaften, in denen historisches Erinnern das religiöse Erinnern teils ersetzt, teils überlagert und teilweise nachhäft. Wozu das historische Erinnern gut sein mag, ist hier nicht zu erörtern, ich werde aber unter Bezugnahme auf mein Thema ganz zum Schluß darauf zurückkommen.

Auch mein Thema, „die Moskau-Reise Adenauers“, ist ganz zweifellos ein Bestandteil bundesdeutscher Erinnerungskultur. Wenige Vorgänge haben sich im Gedächtnis der Bevölkerung so tief eingegraben. „Die Heimführung der deutschen Kriegsgefangenen aus der Sowjetunion“ wird in den entsprechenden Umfragen immer noch als eine von Adenauers größten Leistungen bezeichnet.¹ Frau Noelle-Neumann, der wir diese Langzeituntersuchungen verdanken, hat schon früh darauf hingewiesen, dass die Bewunderung für die Reise des Bundeskanzlers nach Moskau und die Rührung über den humanitären Erfolg zu dem innersten Kern des Adenauer-Mythos gehört.² Unter den zahlreichen Politikern, Diplomaten oder Journalisten, die seither Memoiren geschrieben haben, hat es kaum einer versäumt, sein der Moskaureise gewidmetes Kapitel gewissermaßen zur Perle des ganzen Buches zu machen. Auch die im strenger Sinn historische Forschung und, nicht zu vergessen, die mit internationaler Politik befassten Politologen haben auf die Vorgeschichte, die Einordnung, den Ablauf und die Bewertung der Verhandlungen in Moskau

1 Allensbacher Jahrbuch der Demoskopie 1993–1997, hg. v. Elisabeth NOELLE-NEUMANN und Renate KÖCHER, München 1997, S. 541.

2 Elisabeth NOELLE-NEUMANN, Adenauer und die öffentliche Meinung 1949–1976, in: Konrad Adenauer und seine Zeit. Politik und Persönlichkeit des ersten Bundeskanzlers, hg. v. Dieter BLUMENWITZ u. a. Bd. 2: Beiträge der Wissenschaft, Stuttgart 1976, S. 523–554.

gebührenden Scharfsinn verwandt. Was soll also als denkwürdig herausgegriffen, was beleuchtet werden?

Als Felix von Eckardt, vor und während der Verhandlungen einer der wichtigsten Berater Adenauers, in seinen 1967 erschienenen Memoiren die Stimmung zu erfassen suchte, in der die deutsche Delegation in zwei neuen Constellations der Lufthansa nach Moskau flog, meinte er rückblickend: „Keine der Nachkriegsreisen konnte sich mit diesem Flug vergleichen. Es war wirklich eine Reise ins Ungewisse.“³ Am Vortag des Antritts der Reise, am 7. September 1955, hatte Adenauer vor den kritischen Mitgliedern des Ausschusses für auswärtige Angelegenheiten des Deutschen Bundestags, dem Mitglieder des Bundesrats und maßgebliche Kabinettsminister beiwohnten, dieser Empfindung mit fast denselben Wort recht ungeschützt Ausdruck gegeben: Zu dem, was für die Normalisierung der deutsch-sowjetischen Beziehungen, was in der Wiedervereinigungsfrage oder bezüglich Berlin aus den Verhandlungen herauskommen könne, lasse sich „heute noch gar nichts sagen.“ Viel werde von der Atmosphäre abhängen, die man dort antreffe. „Wenn diese Atmosphäre nicht da ist, wäre jede Erörterung falsch. Also werden wir – verstehen Sie mich jetzt richtig – eine ‚Fahrt ins Blaue‘ antreten müssen.“⁴ „Fahrt ins Blaue“, „eine Reise ins Ungewisse“ – diese Stichworte sind in der Tat zum Verständnis und zur historischen Einordnung des Vorgangs gut geeignet.

Lassen Sie mich im folgenden vier Gegebenheiten beleuchten, die sich jeweils unter den Gesichtspunkt „Ungewissheit“ subsumieren lassen: *erstens* das Verhältnis zur Sowjetunion generell, *zweitens* die urplötzlich im Frühjahr 1955 einsetzende Entspannungspolitik, wobei der unerwartete Abschluss des Österreichischen Staatsvertrags am 14. Mai 1955 mit der Neutralitätserklärung Österreichs nach dem Schweizer Vorbild für wenige Wochen da und dort die Erwartung erweckte, vielleicht könne dies doch auch als Modell für die Deutschlandfrage gelten; *drittens* die Zukunft der deutschen Frage nach Inkrafttreten des Deutschlandvertrags mit der Souveränitätserklärung am 5. Mai 1955 und nach dem Beitritt zur NATO (also: war das Ergebnis von Moskau nicht bereits eine ungewollte Besiegelung deutscher Zweistaatlichkeit?); schließlich *viertens* die Frage, ob die Verhandlungen scheitern würden, wie es im Verlauf der Verhandlungen zunehmend den Anschein hatte und was Adenauer kurz vor der Abreise auch befürchtete.

3 Felix von ECKARDT, *Ein unordentliches Leben. Lebenserinnerungen*, Düsseldorf/Wien 1967, S. 384.

4 *Der Auswärtige Ausschuss des Deutschen Bundestages. Sitzungsprotokolle 1953–1957* (Quellen zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, 4. Reihe, Bd. 13), 2. Halbband: *März 1955 bis Juli 1957*, bearb. v. Wolfgang HÖLSCHER, Düsseldorf 2002, 49. Sitzung, 7.9.1955, S. 1004.

In die Höhle des Löwen

Als sich der amerikanische Journalist und Weltreisende John Gunther im Jahr 1957, somit zwei Jahre nach der Adenauer-Delegation, nach Russland auf eine *fact-finding*-Reise begab, aus der dann seine vielbeachtete Reportage „Inside Russia Today“ entstand, schrieb er über Moskau: „eine abgeschlossene Stadt, um nicht zu sagen, eine geheime Stadt ...“⁵ In der sog. Diplomatenkolchase Moskaus lebten damals nur etwa 150 Amerikaner, davon 40 Kinder – im wesentlichen sozial weitgehend isolierte Diplomatenfamilien sowie etwa ein Dutzend Journalisten und Korrespondenten. Reisen außerhalb Moskaus waren genehmigungspflichtig. Gunther knüpfte an diese Beobachtung eine Reihe von Gedanken zum russischen Geheimhaltungsticket: „Die Russen lieben die Geheimhaltung an sich ...“ und das Sowjetregime noch viel mehr als die vorangegangenen Zaren. Schließlich war Stalin erst vier Jahre zuvor unter recht ungeklärten Umständen verstorben.

Was für die amerikanische Supermacht galt, galt 1955 erst recht für die Bundesrepublik. Keine Botschaft, keine bundesdeutschen Journalisten. Die große, technisch gut geglückte Improvisation, für die in elektronisch verwanzten, von KGB-Kellnern überwachten Hotels untergebrachte Delegation einen Sonderzug mit abhörsicherem Abteil zu entsenden, trug dem Rechnung. In technischer Hinsicht war das später allenfalls vergleichbar mit der ersten Reise des späteren amerikanischen Präsidenten Nixon nach Peking im Februar 1972. Seit dem deutschen Angriff auf die Sowjetunion, also immerhin schon 14 Jahre, bestanden zwischen Westdeutschland und der UdSSR weder diplomatische noch sonstige Beziehungen.

Psychologisch waren die Barrieren natürlich noch viel höher als später zwischen den USA und der VR China. Die beiderseitigen Erinnerungen an den furchtbaren Krieg, die Rolle, die die sowjetische Besatzungsmacht in der DDR und in Berlin spielte, der unversöhnliche weltanschauliche Gegensatz zwischen Ost und West mit der Bundesrepublik als, wie damals manche schrieben, „Limes des Abendlands“ – alles trug dazu bei, dass die über die Pariser Botschaft nach Bonn gelangte Einladung vom 7. Juni 1955 an Bundeskanzler Adenauer, „in nächster Zeit“ nach Moskau zu reisen, „um die Frage der Herstellung diplomatischer und Handelsbeziehungen zwischen der Sowjetunion und der deutschen Bundesrepublik zu erörtern und die damit verbundenen Fragen zu prüfen“,⁶ wie die Aufforderung zur Reise auf einen anderen Stern erschien.

5 John GUNTHER, *Rußland von innen. Gestern und heute*, Konstanz/Stuttgart 1959, S. 72.

6 Note der Sowjetregierung vom 7.6.1955, in: *Moskau/Bonn. Die Beziehungen zwischen der Sowjetunion und der Bundesrepublik Deutschland 1955–1973. Dokumentation*, hg. v. Boris MEISSNER, Köln 1975, Bd. 1, S. 73.

Es ist richtig, dass sich Politik, Diplomatie, Journalisten und Wirtschaft nach dem Zweiten Weltkrieg auch im Westen schwer taten, sich in den westlichen Hauptstädten zurecht zu finden, Netzwerke für Informationen zu spinnen, die aus dem Krieg resultierende sehr starke Abneigung und das Misstrauen abzubauen, um einigermaßen normale Verhältnisse herzustellen. Aber zur westlichen Welt hatte sich seit 1945 und erst recht seit dem Zusammentritt des Parlamentarischen Rats mit anschließender Gründung der Bundesrepublik doch eine zunehmend dichtere Verbindung aufbauen lassen (darin vergleichbar zu den Verbindungen zwischen der SED/DDR-Führung und Moskau in der Ostzone). Nichts davon im Verhältnis zur sowjetischen Führung. Selbst als die Deutschland-Mächte auf der Berliner Konferenz im Winter 1954 und dann erneut auf dem Genfer Entspannungs-Gipfel im Juli 1955 verhandelten, mussten sich die Mitglieder der bundesdeutschen Beobachterdelegationen von Kontakten mit der sowjetischen Delegation aus vielen Gründen fernhalten – Beachtung der exklusiven Viermächtezuständigkeit für die deutsche Frage, vor allem auch, um bei den Westalliierten keinen Verdacht zu erwecken, und nicht zuletzt deshalb, weil dies Präzedenzfälle für die DDR-Diplomaten geschaffen hätte, die gleichfalls vor Ort waren. Adenauer und den anderen Spitzenpolitikern der Bundesrepublik waren die hochrangigen sowjetischen Verhandlungspartner „allenfalls dem Namen nach bekannt“ (Wilhelm G. Grewe).⁷ Natürlich kannten auch die sowjetischen Spitzenpolitiker Adenauer nicht persönlich. Beide Seiten mussten aneinander Maß nehmen. In der Rückerinnerung hat Grewe, damals Leiter der Politischen Abteilung des Auswärtigen Amts, die Lage mit folgenden Worten skizziert: „Wie Generäle feindlicher Armeen, die sich in vielen Schlachten gegenübergestanden haben und nun in einer Waffenstillstandsverhandlung mit noch ungewissem Ausgang einander persönlich gegenüber treten, so etwa wird man wohl die erwartungsvoll gespannte Stimmung auf beiden Seiten beschreiben dürfen.“⁸

Man darf jedoch den Mangel an präzisen Informationen deutscherseits nicht übertreiben. Auf der Arbeitsebene verfügte das Auswärtige Amt über erfahrene Russlandkenner – Diplomaten beispielsweise mittleren Alters wie Hans von Herwarth und Gebhard von Walther, die vor 1941 an der Moskauer Botschaft tätig gewesen waren, den Völkerrechtler Boris Meissner, der aus dem Baltikum kam, während des Zweiten Weltkriegs als Dolmetscher bei der Wehrmacht tätig und seither eine fast unangefochtene Autorität für die komplizierte Deutschlandpolitik, deren kleinste Nuancen ihm voll geläufig waren. Leiter des Referats „Sowjetunion“ in der Länderabteilung des AA war Joachim Peckert – ein interessanter Mann: als junger Offizier Regimentsadjutant in vor-

7 Wilhelm GREWE, *Rückblenden. Aufzeichnungen eines Augenzeugen deutscher Außenpolitik von Adenauer bis Schmidt*, Berlin 1979, S. 232.

8 EBD. S. 233.

derster Linie der Ostfront, 1944 gefangen genommen, fünfeinhalb Jahre Kriegsgefangenschaft, wo er fließend russisch gelernt und das Land gewissermaßen von unten kennen gelernt hatte, nach Rückkehr im Dezember 1949 Studium und dann einer der erfahrenen Kremlastrologen im Auswärtigen Amt.

Hier mag eine gruppensoziologische Betrachtung am Platz sein. Millionen deutscher Soldaten hatten mehr im weniger Guten als im Guten gründlichste Russlandkenntnisse erworben. Überhaupt gab es in Europa keine zwei Völker, die sich – das sei wiederholt! – mehr im weniger Guten als im Guten seit dem Angriff des Deutschen Reiches, das sich damals Großdeutschland nannte, auf Russland so genau kennen gelernt hatten. In der deutschen Delegation fanden sich außer den Genannten aber nur wenige, die dieser Generation angehörten. Die Spitzenpolitiker und Spitzendiplomaten – Adenauer, von Brentano, Kiesinger, Carlo Schmid, Karl Arnold, Hallstein, Blankenhorn, Grewe, von Eckardt, Günther Diehl – hatten den Krieg als Zivilisten erlebt, auf ruhigen Positionen in der Militärverwaltung oder an der Westfront. Auch danach waren sie ausschließlich westorientiert. Selbstverständlich hatte jeder von ihnen ein Russlandbild und Vorstellungen vom politischen Willen der sowjetischen Kommunisten. Aber dieses beruhte nicht auf Primärerfahrung, sondern auf der Beobachtung der zeitgeschichtlichen Entwicklung, auf vorgefassten, schwer veränderbaren Meinungen, auf Akten- und Pressestudium und auf den Analysen von Experten. Aber selbst die Experten konnten nur erraten, was sich auf den Moskauer Entscheidungsebenen vollzog. Als sich Joachim Peckert 35 Jahre nach den Vorgängen 1990 in kurzen, lesenswerten Memoiren über den Informationsstand klar zu werden suchte, schrieb er: „Der eiserne Vorhang war für das Auswärtige Amt undurchlässig.“ Nicht einmal von den Beamten der westlichen Länder habe man damals – die Bundesrepublik war ja eben erst souverän geworden und der NATO beigetreten – viel erfahren:⁹ „Wir hatten, um uns ein Urteil zu bilden, die russische Presse, die Noten der Sowjetregierung und unseren Sachverstand ...“

Auch der Informationsstand über das, was die Regierungschefs und Außenminister der drei nunmehr verbündeten Westmächte auf der unmittelbar vorhergehenden Genfer Konferenz vom Juli 1955 in der Deutschlandfrage präzise ausgelotet hatten, war lückenhaft, was den unablässig misstrauischen Adenauer sehr stark beunruhigte. „Nur in seltensten Fällen“, resümierte ein Bericht der deutschen Beobachterdelegation in Genf, „erfolgte die Unterrichtung durch Mitglieder aller drei westlichen Delegationen ... Dokumente, die einen Bestandteil der Verhandlungen bildeten, wurden nur sehr unregelmäßig geliefert.“¹⁰ Das war, so meinte beispielsweise Felix von Eckardt, nicht einmal böse

9 Joachim PECKERT, *Zeitwende zum Frieden. Ostpolitik miterlebt und mitgestaltet*, Herford 1990, S. 32.

10 GREWE, Rückblenden (wie Anm. 7), S. 227.

Absicht, sondern hing mit der Eigenart multilateraler Gipfelkonferenzen zusammen.¹¹ Adenauer beargwöhnte ganz besonders die freundschaftlichen privaten Gespräche zwischen den beiden Oberkommandierenden im Zweiten Weltkrieg – Präsident Eisenhower und Marschall Schukow.¹² Bundespräsident Heuss gegenüber beklagte er sich in diesen Wochen verschiedentlich über Eisenhower, „dessen schwankende politische Haltung ihm Sorge mache“.¹³

Eine der größten Ungewissheiten waren die noch nicht voll geklärten Machtverhältnisse im Kreml. Dass sich der weiterhin im Amt befindliche Außenminister Molotow, der als Protagonist einer intransigenten Westpolitik galt, politisch auf dem absteigenden Ast befand, wurde damals von der westlichen Diplomatie und von den Journalisten als feststehende Tatsache gewertet. Viele Beobachter waren auch der Meinung, dass Chruschtschow, Erster Sekretär der KPdSU, zusehends auch in außenpolitischen Fragen, tonangebend war. Doch wie ausschließlich? Und was wollte er mittel- und langfristig? Im Verhältnis zu den USA, zu Großbritannien, in der Deutschlandfrage? Dass die Sowjetunion eine Bewegungspolitik begonnen hatte, bewies der Abschluss des Österreichischen Staatsvertrags, der Versuch, sich mit dem kommunistischen Ketzer Tito in Belgrad zu versöhnen und auch das durchgehend moderate Auftreten der sowjetischen Führer auf der Genfer Gipfelkonferenz. Aber wie weit waren sie wirklich zu gehen bereit? Dies führt zum zweiten Punkt deutscher Unsicherheiten: war Moskau wider Erwarten bereit, in der Deutschlandfrage ein ähnlich großes Spiel zu spielen wie gerade eben mit dem Österreichischen Staatsvertrag?

Unsicherheiten aufgrund des Staatsvertrags mit Österreich

Der Einladung nach Moskau vorausgegangen waren, wie eingangs erwähnt, drei wichtige Entscheidungen: die am 5. Mai 1955 in Kraft getretene Souveränität der Bundesrepublik (eingeschränkt nur durch die Vorbehaltsrechte der drei Mächte in der Deutschlandfrage sowie bezüglich Berlin und der Notstandsrechte), die Aufnahme der Bundesrepublik in die NATO am 10. Mai 1955 und die Unterzeichnung des Österreichischen Staatsvertrags am 15. Mai 1955. Der Durchbruch zum Staatsvertrag mit dem Endergebnis völliger Räumung Österreichs durch alle Besatzungstruppen war am 14. März 1955 in Gang gekommen. Die österreichische Regierung erhielt eine Einladung der sowjetischen Regierung, sich „in der nächsten Zeit“ zu Gesprächen nach Mos-

11 ECKARDT (wie Anm. 3), S. 370.

12 Vgl. Charles E. BOHLEN, *Witness to History, 1929–1969*, New York 1973, S. 374.

13 Konrad ADENAUER/Theodor HEUSS, *Unter vier Augen. Gespräche aus den Gründerjahren* (Rhöndorfer Ausgabe), bearb. v. Hans Peter MENSING, Berlin 1997, Gespräche am 6.6., 14.7. und 5.9., S. 165, 169, 172.

kau zu begeben. Gewisse Ähnlichkeiten mit dem sowjetischen Vorstoß gegenüber Bonn am 7. Juni 1955 lagen auf der Hand. In beiden Fällen war der Staatsvertrag letztlich eine Sache der Vier Mächte. In beiden Fällen lud Moskau zu Gesprächen ein, ohne dass im vorweg klar erkennbar war, was angeboten würde. Und in beiden Fällen löste das bei den Westmächten Bedenken und Missfallen aus, auch wenn sie nach Lage der Dinge keine Einwände erheben wollten oder konnten. Allerdings gab es auch grundlegende Unterschiede.

Österreich besaß eine eigene, frei gewählte Regierung. Österreich wurde grundsätzlich als „befreites“ Land betrachtet. Und das Potential Österreichs, selbst seine geostrategische Lage, war sehr viel geringer als es das eines wiedervereinigten Deutschland gewesen wäre, von der Problematik einer Zusammenführung von Bundesrepublik und DDR ganz zu schweigen.

Tatsächlich war die Frage des Österreichischen Staatsvertrags bei den früheren Konferenzen der Vier in der Regel als eine Art Appendix zur deutschen Frage verstanden worden. Dabei wünschten die Westmächte aus verschiedensten Gründen keine Lösung auf Grundlage österreichischer Neutralität. Das hatte sich beispielsweise auf der Berliner Deutschlandkonferenz im Winter 1954 gezeigt.¹⁴ In seinen „Erinnerungen“ arbeitet Bruno Kreisky, damals SPÖ-Staatssekretär im Außenamt der schwarz-roten Koalition, nachdrücklich heraus, wie er von dem amerikanischen Außenminister John Foster Dulles und anderen bedrängt wurde, doch ja keine Lösung auf der Basis einer Neutralitätsformel anzustreben.¹⁵ Genauso entschieden aber habe hinter den Kulissen Botschafter Blankenhorn im Auftrag Adenauers darauf hingewirkt, einen Österreichischen Staatsvertrag zu verhindern: „Adenauer fürchtete, daß dies ein fatales Beispiel für Deutschland abgeben könnte.“¹⁶

Bekanntlich fürchtete Adenauer aus wohlervogenen Gründen die Neutralisierung eines wiedervereinigten Deutschlands wie der Teufel das Weihwasser und wusste natürlich, dass die Neutralität Österreichs bei gleichzeitigem Abzug aller Besatzungstruppen den innenpolitischen Gegnern seiner bedingungslosen Westpolitik gute Argumente frei Haus liefern würde. Als es dann im Mai 1955 tatsächlich zum Staatsvertrag kam, wobei sich die Sowjetunion nach einigem Sträuben bereit fand, auch ihre Streitkräfte drei Monate später abzuziehen, meinte Adenauer auf einer Beratung im kleinsten Kreis mit seinen Spitzendiplomaten, „die ganze österreichische Schweinerei“ passe ihm seit

14 Vgl. Rolf STEININGER, *Der Staatsvertrag. Österreich im Schatten von deutscher Frage und Kaltem Krieg 1938–1955*, Innsbruck 2005; Michael GEHLER, *Österreichs Außenpolitik der Zweiten Republik*, Innsbruck 2005.

15 Bruno KREISKY, *Zwischen den Zeiten. Erinnerungen aus fünf Jahrzehnten*, Berlin 1986, S. 462f.

16 EBD. S. 461.

Monaten nicht, wahrscheinlich hätten das die österreichischen Sozialisten zusammen mit einigen nachgeordneten Diplomaten im amerikanischen State Department ausgetüftelt.¹⁷ Und er zeigte sich entschlossen, die Idee einer Neutralisierung „ein für alle mal totzumachen“.

Man hat damals und später immer wieder darüber gerätselt, welche Motive die Sowjetunion zur positiven Lösung der Österreich-Frage bewogen hätten. Ziemlich sicher war, dass die neue Linie in erster Linie auf Chruschtschow zurückging. Aber was wollte Chruschtschow? Als der österreichische Bundeskanzler Raab bei einem Moskau-Besuch im Jahr 1958 von Chruschtschow gefragt wurde, ob es noch irgendeine ungeklärte Frage gebe, sagte Raab: „Eigentlich wollen wir Sie nur fragen, wieso es zum Abschluß des Staatsvertrags gekommen ist.“ Chruschtschows Antwort: Man habe in den sowjetischen Führungsgremien überlegt, wie die Abkehr vom Stalinismus mit der neuen Linie in der Außenpolitik weithin sichtbar gemacht werden könnte. Dabei sei der Abschluss des Staatsvertrags mit Österreich als das geeignete Exempel erschienen: „Um den neuen Kurs im Westen glaubhaft zu machen, mußten wir Positionen aufgeben, die die Rote Armee im Krieg erobert hat, aber der Westen mußte ja ebenfalls Österreich räumen.“¹⁸ Soweit Chruschtschow. Der Staatsvertrag wäre demnach ein Exempel der Koexistenzpolitik gewesen, mit der Chruschtschow seinen Namen anfangs verbunden hat.

Eine andere Erklärungsmöglichkeit findet sich in den Memoiren von Chip Bohlen, damals Botschafter in Moskau. Er wies darauf hin, dass sich die NATO unter Einbeziehung noch aufzustellender deutscher Kontingente damals in den Anfängen befand. Moskau hatte die Aufnahme der Bundesrepublik nicht verhindern können. Aber verhindert wurde durch die Neutralisierung die geostrategisch an und für sich wichtige Einbeziehung der westlichen Besatzungszonen Österreichs mit den wichtigen Alpenpässen in die NATO.¹⁹

Wieder eine andere Erklärung findet sich in dem 1969 erschienenen Memoirenband des damaligen britischen Außenministers und späteren Premiers Harold Macmillan. Er begriff dort die Staatsvertragslösung als Teil des Machtkampfes im Kreml. Erst sei Malenkow in den ersten Monaten des Jahres 1955 entmachtet worden. Dann habe sich Chruschtschow gegen Molotow gewandt, der ein Gegner der *Détente* mit dem Westen, aber auch der Versöhnung mit Tito gewesen sei.²⁰

Macmillan hat das allerdings mit einem weiteren Deutungsmuster verbunden. Natürlich habe Moskau auch auf Deutschland gezielt. Könnte die Kom-

17 Quellenverweis bei Hans-Peter SCHWARZ, *Adenauer. Der Staatsmann: 1952–1967*, Stuttgart 1991, S. 184.

18 KREISKY (wie Anm. 15), S. 472.

19 BOHLEN (wie Anm. 12), S. 374f.

20 Harold MACMILLAN, *Tides of Fortune, 1945–1955*, London 1969, S. 597.

bination von Rückzug der Besatzungstruppen mit einer Neutralisierung nicht auch auf Teile der öffentlichen Meinung in der Bundesrepublik eine Sogwirkung ausüben?²¹ Das war, wie schon erwähnt, auch Adenauers Sorge.

Noch eine letzte Interpretation ist erwähnenswert. Sie findet sich in einer Monographie des russischen Diplomaten Oleg Grinevskij aus dem Jahr 1996. Grinevskij arbeitet heraus, dass die Souveränitätserklärung der Bundesrepublik und der NATO-Beitritt für Chruschtschow die entscheidenden Vorgänge waren. Die Einladung Adenauers, so habe Semjonow, damals stellvertretender Außenminister, später erzählt, sei dazu bestimmt gewesen, Adenauer, der nun einmal den Beitritt zur NATO durchgesetzt habe, aus seiner „Traumwelt“ auf die sündige Erde herunterzuholen und ihn mit der Wirklichkeit zweier deutscher Staaten zu konfrontieren.²² Moskau solle erst die Bundesrepublik anerkennen und zu ihr diplomatische Beziehungen aufnehmen und anschließend dasselbe Procedere mit der DDR vollziehen – wie es tatsächlich auch geschah. So gesehen, wäre der Österreichische Staatsvertrag eine Art vorweggenommener Frontbereinigung gewesen.

Lassen wir es dahingestellt, welche dieser Deutungen zutrifft. Einige sind auch unschwer miteinander kombinierbar.

Jedenfalls hingen die großen Ungewissheiten der Moskau-Reise auch eng mit dem Österreichischen Staatsvertrag zusammen. Mit recht gut entwickeltem Instinkt befürchtete Adenauer nämlich im Frühjahr 1955 einen sowjetischen Vorstoß, zu dem es am 7. Juni 1955 auch kam. Plötzlich hatte es sogar den Anschein, als käme das bislang als zuverlässig erachtete Amerika ins Wackeln. In der Tat hatte nämlich Präsident Eisenhower auf einer Pressekonferenz am 18. Mai – drei Tage nach der international als Sensation empfundenen feierlichen Unterzeichnung im Schloss Belvedere zu Wien – eine alarmierende Feststellung getroffen. Auf eine Frage des Washingtoner Korrespondenten von „Le Monde“ hatte er bemerkt, es scheine sich der Gedanke zu entwickeln, dass man eine Reihe neutralisierter Staaten von Norden nach Süden quer durch Europa aufbauen könne. Wäre dies eine frei gewählte (also nicht mit Interventionsrechten der Großmächte verbundene) Neutralität nach dem Muster der Schweiz, so würde dies kein militärisches Vakuum schaffen.²³ Man konnte nur darüber spekulieren, an welche Länder Eisenhower dachte: Schweden, Finnland, Österreich, die Schweiz, Jugoslawien? Oder wollte der Präsident vielleicht sogar andeuten, dass auf längere Sicht und unter gewissen Bedingungen auch ein wiedervereinigtes Deutschland einen Neutralitätsstatus erhalten könnte?

21 EBD. S. 594.

22 Oleg GRINEVSKIJ, *Tauwetter. Entspannung, Krisen und neue Eiszeit*, Berlin 1996, S. 212.

23 *Archiv der Gegenwart* (künftig: AdG) vom 22.5.1955, S. 5178.

Die Befürchtungen waren überzogen. Doch Adenauer setzte nun alle Hebel in Bewegung, eine Neutralisierungslösung vorsorglich zu konterkarieren, falls ein entsprechender sowjetischer Vorstoß erfolgen würde.²⁴ Dass sich in der öffentlichen Meinung der Bundesrepublik erneut die Befürworter einer wie auch immer gearteten Neutralisierung meldeten, versteht sich von selbst. In diese psychologische Stimmungslage platzte die Einladung nach Moskau vom 7. Juni hinein.

Adenauer war zwar zuvor und danach willens, eine Neutralitätslösung à la Österreich nach Kräften zu hintertreiben. Diese wäre schließlich in direktem Gegensatz zu seiner gesamten Politik der Westbindung gestanden, die er endlich vertraglich gesichert hatte. Aber in zwei Punkten kam er gar nicht umhin, dem österreichischen Vorbild zu folgen. Zum einen hätte er es sich nicht leisten können, aber auch nicht leisten wollen, die Gegebenheiten in Moskau persönlich genauso auszuloten, wie dies die Österreicher getan hatten. Wenn Joachim Peckert später formulierte: „Es war dies der erste außenpolitische Alleingang der Bundesregierung“,²⁵ so ist das nicht ganz unzutreffend. Auch über die Moskaureise der österreichischen Delegation waren die Westmächte anfangs nicht begeistert gewesen, hatten aber dann gute Miene zu dem von Wien nassforsch durchgezogenen Spiel gemacht. Zum zweiten erinnerten aber auch Zusammensetzung und Größe der Verhandlungsdelegation an das österreichische Vorbild. Zwar amtierte in Bonn keine schwarz-rote Koalition. Aber wie die Österreicher suchte auch Adenauer, das heikle Unternehmen in einer Art schwarz-roter „Koalition“ innenpolitisch unschädlich zu machen, indem er den Sozialdemokraten Professor Carlo Schmid, den Vorsitzenden des Auswärtigen Ausschusses des Deutschen Bundestages (mit Billigung des Parteivorsitzenden Erich Ollenhauer) in die Delegation mit hineinnahm.

Auch die große Zahl von Experten aus dem Auswärtigen Amt entsprach dem österreichischen Vorgehen. Schließlich war auch im deutschen Fall unklar, welche Punkte in dem Gespräch von Bedeutung sein würden. Außerdem wusste man, dass die Sowjets es schätzen, wenn ihnen ein großer Mann mit einem sehr stattlichen Gefolge – rund 150 Leute – die Aufwartung macht. Hier finden sich also einige Parallelen.

Deutschlandpolitische Unsicherheiten

Aus der Rückschau ist ziemlich offenkundig, was sich im September 1955 in Moskau vollzog. Adenauer tat dort einen ersten, großen Schritt auf dem Weg zur Normalisierung mit der Sowjetunion. Er demonstrierte damit, dass er nicht

²⁴ Dazu im einzelnen meine Darstellung in *Adenauer. Der Staatsmann* (wie Anm. 17), S. 185–189.

²⁵ PECKERT (wie Anm. 9), S. 41.

nur einseitige Westpolitik betrieb. Diese für ein souverän gewordenen Land eigentlich selbstverständliche Entscheidung hatte jedoch ihren Preis. Sie beinhaltete die faktische Hinnahme zweier deutscher Staaten auf Grundlage des Status quo der Teilung. Das mochte mit juristischen Vorbehalten verhüllt, als vorläufig verstanden und durch Heimführung der Kriegsgefangenen humanitär legitimiert werden. Aber in den Alleinvertretungsanspruch der Bundesrepublik war erst einmal eine breite Bresche geschlagen. Also ein ambivalenter Vorgang.

Auch ein zweiter Aspekt ist aus heutiger Sicht ganz klar. Für eine breitere Öffentlichkeit hatte es den Anschein, als sei mit dem Österreichischen Staatsvertrag und mit der Einladung Adenauers nach Moskau starke Bewegung in die Deutschlandpolitik gekommen. In den zwei Monaten nach Unterzeichnung des Staatsvertrags am 15. Mai 1955 und nach Abschluss des Genfer Entspannungsgipfels zwischen den Staats- und Regierungschefs der USA, Großbritannien, Frankreichs und der Sowjetunion ist jedoch faktisch und auch deklaratorisch deutlich gemacht worden, dass die bilateralen Gespräche zwischen der Sowjetunion und der Bundesregierung den Status quo nicht verändern durften. Die deutsche Frage ist gewissermaßen wieder in die Oberaufsicht der Vier Mächte gerückt und somit faktisch immobilisiert worden – und zwar in allseitiger Übereinstimmung über einen Modus vivendi bei faktischer Existenz zweier deutscher Staaten.

Für den berühmten Entspannungsgipfel vom Juli 1955, mit dem – so sahen das viele – die stalinistische Ära in den Ost-West-Beziehungen endgültig abgeschlossen werden sollte, waren vordergründige innenpolitische Motive maßgebend. In Großbritannien hatte Premierminister Churchill endlich seinem Nachfolger Eden Platz gemacht. Dieser rief Unterhauswahlen aus, und nichts kann einen Wahlkampf so schön beflügeln wie das Thema Friedenspolitik. Auch England stand damals unter dem Eindruck, dass die damals fast ausschließlich nur zum Massenmord geeigneten Kernwaffen zwingend eine Verständigung zwischen den Mächten geboten. Am 15. April 1955 verkündete Eden den Wahltag am 26. Mai, am 27. April führte Außenminister Macmillan mit dem amerikanischen Botschafter das erste Gespräch über eine baldige Gipfelkonferenz, am 10. Mai lag auch die amerikanische Zustimmung vor, was eine Bekanntgabe des Plans erlaubte, und am 26. Mai fuhr Eden seinen Wahlsieg in die Scheune. Die Erinnerungen des damaligen Außenministers Macmillan lassen gar keinen anderen Schluss zu, dass dem britischen Vorstoß in erster Linie Wahlkampfüberlegungen zugrunde lagen.²⁶ Dennoch wären die Widerstände, die Amerika seit 1953 dem Plan eines Entspannungsgipfels entgegengesetzte, nicht so rasch zu überwinden gewesen, hätten dies die außenpo-

26 MACMILLAN (wie Anm. 20), S. 584–592.

litischen Bedingungen nicht erlaubt: Endlich war die Bundesrepublik in der NATO, nichts konnte also deutschlandpolitisch mehr so recht schief gehen, und desgleichen signalisierte die Initiative der Sowjetunion zum Staatsvertrag die Bereitschaft für vernünftige Gespräche. Die Einladung Adenauers nach Moskau fiel in die Schlussphase des ost-westlichen Notenwechsels über eine Gipfelkonferenz. Am 7. Juni kam, wie schon verschiedentlich erwähnt, die Einladung. Am 13. Juli stimmte die Sowjetunion zu, das Treffen in Genf abzuhalten. Es sollte am 18. Juli beginnen.

Da auf diesem Treffen sowohl europäische Sicherheitsfragen wie die deutsche Frage erörtert werden sollten, war durch das Timing festgelegt, dass eine eventuelle Moskaureise Adenauers erst nach dem Ost-West-Gipfel stattfinden konnte. Sinnvollerweise spielte die Bundesregierung etwas auf Zeit, auch Moskau nahm sich Zeit, so dass die Ergebnisse des Gipfels vorlagen, bevor schließlich die sowjetische Regierung am 19. August als Beginn des Besuchs den 9. September vorschlug.

Auf der Genfer Konferenz war vereinbart worden, dass im Oktober 1955 eine Außenministerkonferenz gleichfalls in Genf stattfinden solle, um die miteinander verknüpften Themen Europäische Sicherheit und Deutschland zu erörtern. Damit war eigentlich völlig klar, dass es in Moskau nur zu einem Gedankenaustausch über die Deutschlandfrage kommen könne, doch nicht zu mehr. Der Genfer Entspannungsgipfel hatte auch schon deutlich gezeigt, dass sich Moskau weder auf die Forderung nach freien Wahlen noch auf andere Schritte zur Wiedervereinigung einlassen wollte.

Wie Adenauer die Lage einschätzte, geht aus einem Diskussionsbeitrag hervor, den er vier Tage vor Eintreffen der Einladung vom 7. Juni im Bundesvorstand der CDU formuliert hat: „Wenn es uns gelingt – und das muß unser Ziel sein –, eine allgemeine Entspannung in der Welt herbeizuführen, dann wird nach meiner festen Überzeugung auch die Frage der Wiedervereinigung gelöst werden. Wenn es uns nicht gelingt, dann werden wir weiter warten müssen ...“²⁷ Im Prinzip war ihm also klar, dass Entspannungspolitik, die auch Bemühungen um die militärischen Fragen der europäischen Sicherheit beinhaltete, und Fortschritte in der deutschen Frage unauflöslich zusammenhingen – dies auch und vor allem aus Sicht der Verbündeten. Zwar insistierte er, darin unterstützt von der deutschen Öffentlichkeit, immer noch auf der Parallelität von Fortschritten in der Deutschlandfrage mit den großen Themen der Sicherheit. In der Praxis aber wurde immer deutlicher, dass die Westmächte und erst recht die Sowjetunion den Sicherheitsfragen die Priorität beimaßen, während sich der Status quo der Teilung aus vielen Gründen nicht ändern ließ. Leider,

27 Adenauer: „Wir haben wirklich etwas geschaffen.“ *Die Protokolle des CDU-Bundesvorstands 1953–1957* (Forschungen und Quellen zur Zeitgeschichte, Bd. 16), bearb. v. Günter BUCHSTAB, Düsseldorf 1990, Sitzung vom 3.6.1955, S. 516.

erklärten die Westmächte. Als Voraussetzung für die Sicherheit in Europa, argumentierte die Sowjetunion.

Dass es Adenauer beim Gedanken an die Reise immer weniger wohl wurde, lässt sich aus allen Dokumenten und Berichten deutlich erkennen. Felix von Eckardt, damals einer der engsten Berater Adenauers, hat ein Vieraugengespräch am Tag vor dem Abflug geschildert und die Erwartungen Adenauers kurz und knapp wie folgt formuliert: „Adenauer reiste nicht gern in die Sowjetunion. Er wusste, dass seine politische Bewegungsfreiheit sehr eingeschränkt war, nicht nur durch die starre Haltung, die die Sowjetunion in Genf gezeigt hatte, sondern auch durch unsere Alliierten, die die ganze Reise mit gemischten Gefühlen betrachteten. Er fürchtete, sich zwischen alle Stühle zu setzen und von dem mühsam erkämpften Terrain in der westlichen Welt wieder vieles zu formulieren, ohne aus Rußland einen wirklichen Erfolg mitzubringen.“²⁸ Diese Einschätzung deckt sich mit der Aufzeichnung eines Gesprächs, das Adenauer am 5. September mit Bundespräsident Heuss führte: „Die Ergebnisse der Verhandlungen in Moskau schätze er – der Bundeskanzler – sehr gering ein: Er werde versuchen, in der Kriegsgefangenenfrage etwas zu erreichen, müsse aber auf seiner Vertragstreue zu dem Westen bestehen und alles vermeiden, das nach einer Anerkennung der DDR aussehen würde. Wahrscheinlich käme deshalb auch die Wiederherstellung voller diplomatischer Beziehungen in Moskau noch nicht in Frage. Wie er höre, planten die Russen große Empfänge mit Paraden, Nationalhymnen usw. Er werde sich aber durch diese äußere Form nicht beeindrucken lassen.“²⁹ Diese Feststellung ist auch deshalb aufschlussreich, weil später immer wieder gesagt und geschrieben wurde, Adenauer sei durch das Zeremoniell eines Staatsbesuchs überrascht worden und habe erst in Moskau erkannt, dass sich eine Einstufung als Arbeitsbesuch mit eventuell sehr schmalem Ergebnis verbieten würde. In Wirklichkeit waren schon die Österreicher ein paar Monate zuvor mit größtem Zeremoniell empfangen worden. Man konnte sich somit vorstellen, was sich beim Besuch der deutschen Delegation ereignen würde.

Immerhin ist dabei auch daran zu erinnern, dass die sowjetische Führung durch Besuche westlicher Regierungschefs bisher nicht verwöhnt worden war. Die Kriegskonferenz in Yalta auf der Krim im Februar 1945 war eine reine Arbeitskonferenz. Nach dem kurz zuvor erfolgten Auftreten der österreichischen Regierung, die eben doch die Regierung eines Kleinstaates war, ist der Antrittsbesuch Adenauers das bislang hervorragendste diesbezügliche Ereignis gewesen. Entsprechend heikel war dies alles natürlich für die deutsche Delegation, dies ganz besonders auf dem Hintergrund des Kriegs 1941–1945, der

28 ECKARDT (wie Anm. 3), S. 382.

29 ADENAUER/HEUSS (wie Anm. 13), Gespräch am 5.9.1955, S. 173.

Besatzung in der Ostzone und der kommunistischen Unterdrückung in der DDR.

Das waren die Unsicherheiten im unmittelbaren Vorfeld der Moskauer Konferenz – Unsicherheiten in der deutschen Öffentlichkeit, wo viele Fortschritte zur Wiedervereinigung erwarteten, Unsicherheit beim Blick auf die Irredenta in der DDR, Unsicherheiten auch mit Blick auf die Verbündeten, wo in einem Teil der Presse Sorgen vor einer neuen „Rapallo-Politik“ artikuliert wurden, während es die Regierungen nicht ungern gesehen hätten, dass alle Beziehungen der Bundesrepublik zur Sowjetunion vorerst über die Westmächte laufen würden ohne einen deutschen Botschafter in Moskau und ohne einen sowjetischen Botschafter in Bonn.

Die Frage der als angebliche Kriegsverbrecher verurteilten Kriegsgefangenen und der Zivilinternierten war zwar deutscherseits in dem Notenwechsel schon angesprochen worden. Doch als Günther Diehl, 1955 Pressesprecher des Auswärtigen Amts und Delegationsmitglied, 1994 seine Version der Vorgänge in den Memoiren zum Besten gab, war er aufrichtig genug festzustellen, nachdem die gefangenen Österreicher bereits entlassen worden seien, „lebten wir nicht in der Vorstellung, die Rückkehr der Gefangenen müsse mit besonderen Gegenleistungen erkaufte werden“.³⁰

Dass die Gefangenfrage von der sowjetischen Seite als eiskaltes Erpressungsinstrument eingesetzt würde, um eine sofortige Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu erzwingen, ist nicht gebührend ernsthaft vorhergesehen worden. So reiste die deutsche Delegation bestens präpariert, aber im entscheidenden Punkt doch falsch aufgestellt, geboten verunsichert in die Höhle des Löwen.

Auch heute noch ist es schwer nachvollziehbar, wie die maßgeblichen Spitzenpolitiker der Meinung sein konnten, man könne tatsächlich mit großem Gefolge in Form eines Staatsbesuchs in Moskau anreisen, um sich dort strittig oder gedämpft auszutauschen und eventuell mit dem Ergebnis abzureisen, die Aufnahme diplomatischer Beziehungen notfalls von gemischten Kommissionen vornehmen zu lassen. Ein Runderlass des Auswärtigen Amts vom 23. August 1955 stellte fest: „Zweck der Moskau-Reise des Bundeskanzlers ist lediglich erste Kontaktaufnahme. Es ist nicht beabsichtigt, länger als drei bis vier Tage zu verhandeln. Irgendwelche konkreten Entscheidungen werden nicht erwartet ...“ Ziel der Verhandlungen sei die Bildung von vier gemischten Kommissionen: für politische Fragen (Wiedervereinigung, diplomatische Beziehungen), Wirtschaftsbeziehungen, kulturelle Beziehungen und eine Kommission für das Gefangen- und Verschlepptenproblem. „Für den Fall“, so hieß es darin weiter, „daß die Sowjets auf die geplanten Kommissionen nicht

30 Günther DIEHL, *Zwischen Politik und Presse. Bonner Erinnerungen 1949–1969*, Frankfurt/M. 1994, S.167.

eingehen oder auch für den Fall, daß sie weder die Wiedervereinigungsfrage noch das Gefangenproblem erörtern wollen, ist beabsichtigt, den Faden mit der sowjetischen Regierung nicht völlig abreißen zu lassen, sondern den Sowjets den Austausch von diplomatischen Agenten vorzuschlagen.“³¹ In diesem Sinn wurden auch die Verbündeten unterrichtet. In verbindlicher Formulierung hat Grewe denn auch in seinen Memoiren eingeräumt, dies sei eine „Fehlkalulation“ Adenauers gewesen. Ein Bundeskanzler könne nicht im grellen Licht der Weltöffentlichkeit anreisen, um dann die entscheidenden Fragen schließlich auf Expertenebene oder doch etwas niedrigere Ebenen zu schieben.

Gegenüber dieser klaren Feststellung Grewes hat Joachim Peckert festgestellt, „unsere Vorbereitungen gingen von der Annahme aus, daß es in Moskau zur Aufnahme voller diplomatischer Beziehungen kommen würde. Dies war erforderlich, selbst wenn unsere politische Führung noch keineswegs soweit war, dieser Annahme zuzustimmen und halbherzigen Zwischenlösungen glaubte den Vorzug geben zu sollen. Die ‚Arbeitsebene‘ durfte sich keinesfalls dem Vorwurf aussetzen, die volle Lösung nicht bedacht zu haben, wenn wir mit ihr in Moskau konfrontiert werden sollten. Wie es denn auch kam.“³² Die entscheidenden Bedingungen waren dabei: ein Grenzvorbehalt und ein Wiedervereinigungsvorbehalt sowie die eindeutig positive Lösung der Gefangenfrage.

Die Darstellungen Grewes und Peckerts stehen nicht unbedingt im Widerspruch, zeigen aber doch, dass sich die maßgeblichen Leute – Adenauer, von Brentano, Hallstein – erst einmal erheblich verschätzt hatten. Die Gründe dafür waren evident. Der Genfer Gipfel hatte gezeigt, dass die vier Deutschlandmächte entschlossen waren, alle „Deutschland als ganzes“ betreffenden Fragen, einschließlich Berlin-Problem, unter sich auszumachen und jeden Versuch der Bundesregierung zum Bilateralismus als groben Verstoß zu betrachten. Und da Adenauer und alle anderen Häuptlinge mit ihm spürten, dass die Westmächte mit der Aufnahme voller diplomatischer Beziehungen mit Moskau nur ein paar Wochen nach der Souveränitätserklärung gleichfalls nicht sehr glücklich sein würden, schien es geboten, sich erst einmal auf Katzenpfoten zu bewegen.

Über die innersten Gedanken Adenauers sind wir nicht informiert. Es gibt jedoch ein paar Indizien. Bereits im Oktober 1951, als Adenauer mit den Hohen Kommissaren über den Generalvertrag verhandelte, war die Frage diplomatischer Beziehungen zur Sowjetunion zur Sprache gekommen. Adenauer hatte festgestellt, nach Vorgesprächen der Westalliierten mit Professor Grewe sei es der Bundesrepublik „nicht benommen, in Moskau eine Botschaft zu unterhalten“. Der britische Hohe Kommissar Kirkpatrick bemerkte dazu, „wenn

31 GREWE (wie Anm. 7), S. 248.

32 PECKERT (wie Anm. 9), S. 44.

die Bundesregierung in der Lage sei, Vertreter bei den Staaten des Ostblocks zu ernennen, so würden die Alliierten dem nur zustimmen (*respectful applause*)“.³³ Man hat den Eindruck, dass dies eine Grundlinie Adenauers in dieser Frage war. Schon am 8. Juni 1955, einen Tag nach Eingang der sowjetischen Einladung, hat er nämlich – anscheinend ohne Konsultation mit den Verbündeten – erklären lassen, die Bundesregierung begrüße den sowjetischen Vorschlag. Kein Wort dabei von zu klärenden Vorbedingungen.³⁴ Nachdem die Opposition monatelang für den Fall eines NATO-Beitritts ein schwarzes Krisenszenario an die Wand gemalt hatte, kam ihm naturgemäß die überraschende Einladung denkbar gelegen. Noch interessanter ist ein Brief, den er am 10. Juni 1955 an den neu ernannten Bundesaußenminister von Brentano richtete. Darin ist von einem Gespräch „über die eventuelle Besetzung Moskaus“ die Rede, und der Kanzler bat zu überlegen, „ob nicht Herr Kroll sich dafür eignet“.³⁵ Man geht also mit der Meinung wohl nicht fehl, dass er in direkten diplomatischen Beziehungen zu Moskau einen Wert an sich erkannt hat. Die allianzpolitischen und deutschlandpolitischen Bedenken kamen ihm vielleicht erst später. Bei der Rückkehr machte er aus seiner Überzeugung vom Nutzen der Aufnahme diplomatischen Beziehungen zur Sowjetunion kein Hehl: „Ich halte sogar die Herstellung der diplomatischen Beziehungen für einen Vorteil für Deutschland“, hielt er dem kritisch aufbegehrenden Minister für Gesamtdeutsche Fragen Jakob Kaiser entgegen, „und zwar steigen wir zunächst im Ansehen der anderen. Man kann es hier in diesem, hoffentlich streng verschwiegenen Kreise sagen: Wir waren doch bisher so der heranwachsende junge Mann, der von den anderen drei nach Belieben mitgenommen oder zu Hause gelassen wurde. Und nun haben wir uns auf einmal in eine Reihe mit ihnen gestellt.“³⁶ Man solle die Sache doch nicht so betrachten, „als wenn die Herstellung diplomatischer Beziehungen für uns Gott weiß was für ein Kotau gewesen wäre“. Manchmal habe er innerlich darüber lachen müssen. Da kämen

33 *Adenauer und die Hohen Kommissare 1949–1951* (Akten zur Auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland), hg. v. Hans-Peter SCHWARZ und Rainer POMMERIN, Bd. 1: 1949–1951, München 1989, Sitzung vom 3.10.1951, S. 406. Als Adenauer am 15.9.1955 bei der Rückkehr von Moskau auf der Fraktionssitzung die Ergebnisse verteidigte, verfehlte er nicht, auf diese Erörterung mit den Hohen Kommissaren hinzuweisen. Kirkpatrick habe gesagt, „er wollte, es wäre schon soweit“; vgl. *Die CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag, 1953–1957* (Quellen zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, 4. Reihe, Bd. 11/II. Erster Halbband), bearb. v. Helge HEIDEMEYER, Düsseldorf 2003, Sitzung vom 15.9.1955, S. 768f.

34 *Bulletin*, hg. vom Presse- und Informationsamt der Bundesregierung, 11.6.1955, S. 877f.

35 *Konrad Adenauer. Briefe 1953–1955* (Rhöndorfer Ausgabe Bd. 5), bearb. v. Hans Peter MENSING, Berlin 1995, S. 297.

36 *Adenauer*: „Wir haben wirklich etwas geschaffen.“ (wie Anm. 27), Sitzung am 30.9.1955, S. 611.

die Russen, ein Volk von 200 Millionen, zur Bundesrepublik, ein Volk von 50 Millionen: „bitte, stellt die diplomatischen Beziehungen zu uns her“.

Unsicherheit über ein mögliches Scheitern der Konferenz

Dass die Kriegsvergangenheit in heftigem Austausch aufgearbeitet werden musste, verstand sich angesichts der jüngsten Vergangenheit von selbst. Ein Scheitern drohte deshalb nicht. Der wenig zartbesaitete Günther Diehl kommentierte die entsprechende Einstellung der sowjetischen Führer mit den Worten: „Sie hatten im Grunde keine moralisierende Betrachtungsweise. Die Geschichte war nun einmal so, keine Angelegenheit für zarte Gemüter.“³⁷

Entscheidend war in der Tat die sowjetische Forderung nach sofortiger Aufnahme diplomatischer Beziehungen, in der letzten Phase verbunden mit der Frage der Kriegsgefangenen. Als Adenauer dem Bundespräsidenten nach der Rückkehr Bericht erstattete, arbeitete er die Lage mit knappen Worten heraus. Im Gesprächsprotokoll heißt es lakonisch: „Bundeskanzler berichtet, daß der deutschen Delegation nach Herstellung des russischen Junktims zwischen Kriegsgefangenenfrage und Herstellung der diplomatischen Beziehungen gar nichts anderes übrig geblieben sei, als dem baldigen Austausch von Botschaftern zuzustimmen.“³⁸ Und immerhin habe die Sowjetunion erneut die Verpflichtung der Siegermächte zur Wiederherstellung der deutschen Einheit anerkannt. Über die Zukunft machte er sich allerdings keine Illusionen: „Die russische Taktik gehe jedoch dahin, die deutsche Frage auf eine gemeinsame Verhandlung zwischen DDR und Bundesrepublik abzdrehen.“ Dabei sollte es für lange Jahre bleiben.

Dass dann aus der Zwangslage allein wegen des humanitären Erfolgs, aber wohl auch deshalb, weil der deutsche Häuptling in der Höhle des Löwen gute Figur gemacht hatte, fast wider Erwarten ein innenpolitischer Triumph mit denkbar starken psychologischen Fernwirkungen wurde, gehört zu den Paradoxien dieser „Reise ins Unbekannte“. Dem aus dem Abstand von fast 40 Jahren formulierten Urteil Günther Diehls ist nichts hinzuzufügen: „Eine nüchterne Bewertung des ganzen Unternehmens zeigt, dass es gerade noch gut gegangen war.“³⁹ Tatsächlich hätte sich eben auch die auf dem Entspannungstrip befindliche sowjetische Seite kein Scheitern dieses spektakulär aufgezeigten Besuchs leisten können, ganz besonders nicht wegen der emotional hoch sensiblen Frage der Heimkehr der Kriegsgefangenen und Zivilinternierten. So war ein Quid-pro-quo geboten, das anfangs so nicht geplant war: die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zur Sowjetunion bei gleichzeitiger, ehren-

37 DIEHL (wie Anm. 30), S. 169.

38 ADENAUER/HEUSS (wie Anm. 13), Gespräch am 16.9.1955, S. 179.

39 DIEHL (wie Anm. 30), S. 184.

wörtlicher Zusage der sowjetischen Führung, die fraglichen 9 252 Gefangenen im Gegenzug unverzüglich freizulassen. Adenauer begriff das viel rascher als Außenminister von Brentano und Staatssekretär Hallstein, die an dem von Anfang an fehlerkonzipierten deutschen Verhandlungskonzept bis zum bitteren Ende festhalten wollten – für Adenauer ein Grund, dem Bundespräsidenten zu sagen: „Sorge habe ihm die gesundheitliche Verfassung des Außenministers von Brentano gemacht, der im entscheidenden Stadium der Verhandlungen nahe daran gewesen sei, die Nerven zu verlieren“.⁴⁰ Der Kanzler brauchte gar nicht eigens zu betonen, wer in der Konferenzkrise die Nerven nicht verloren, sondern die Sache durchgezogen und bei der Rückkehr auch noch denkbar geschickt verkauft hat.

Die Unsicherheiten dauerten bis zur Abreise an. Als der *deal* diplomatische Beziehungen gegen Rückkehr der Gefangenen nicht mehr vom Tisch genommen werden konnte, hatte Adenauer den Einfall, darauf hinzuweisen, die Vereinbarung bedürfe der Zustimmung des Deutschen Bundestags. Mit diesem Vorbehalt wurde zweierlei erreicht: Zum einen konnte Adenauer die einseitigen deutschen Vorbehalte im sog. Brief zur deutschen Einheit (zur Grenzfrage, zur Wiedervereinigung und zum Alleinvertretungsanspruch) nachschieben und abwarten, ob diese „empfangsbedürftige, aber nicht annahmbedürftige Erklärung“⁴¹ von der Gegenseite korrekt angenommen würde und damit als rechtswirksamer Vorbehalt gelten könne. Anders hätte die sowjetische Seite eine Ablehnung der Vereinbarung im Deutschen Bundestag riskiert.⁴²

Tatsächlich erfuhr die deutsche Delegation erst beim Abflug auf dem Flughafen Wnukowo, dass der von Adenauer in der Nacht zuvor unterzeichnete Brief, der von nun an zu einem der wichtigsten Dokumente der Deutschlandpolitik wurde, vom deutschen Protokollbeamten gegen Quittung übergeben worden sei.⁴³ Zum anderen wurden durch die Forderung nach Zustimmung des Deutschen Bundestags sowohl potentielle Kritiker in den eigenen Reihen wie bei der Opposition auf Linie gebracht, denen der sofortige Botschafteraustausch, das Ausbleiben jeglicher Fortschritte in der Wiedervereinigung und bald auch die Tatsache missfiel, dass die Sowjetunion die DDR eine Woche nach der Abreise Adenauers für souverän erklärte.

Soweit die vier Variationen zum Thema „Unsicherheiten bei den Moskauer Verhandlungen 1955“. Habe ich die kühlen Aspekte des diplomatischen Handelns zu stark betont? Bin ich auf die menschlichen Schicksale, um die es

40 ADENAUER/HEUSS (wie Anm. 13), Gespräch am 16.9.1955, S. 176.

41 Zu der feinen juristischen Distinktion vgl. GREWE (wie Anm. 7), S. 241.

42 PECKERT (wie Anm. 9), S. 68.

43 EBD. S. 70f. Der Text des Vorbehaltsschreibens vom 13.9.1955 ist abgedruckt in: *Moskau/Bonn* (wie Anm. 6), S. 124.

dabei ging und die auch Adenauer am Herzen lagen, zu wenig eingegangen? Oder hätte ich zum gegenseitigen Aufarbeiten der Kriegsvergangenheit einige moralisierende Bemerkungen der politischen Korrektheit machen sollen? Auch letzteres bewegte Adenauer durchaus. In der Fraktionssitzung der CDU/CSU bei der Rückkehr erinnerte er ganz zu Beginn daran, der Krieg habe sechs Millionen Russen das Leben gekostet (er meinte wohl: russische Soldaten), nachdem Hitler seinen Vertrag mit Stalin gebrochen habe und in das Land eingefallen sei.⁴⁴ Und dem Bundesparteivorstand der CDU gab er zu bedenken: „So scheußlich die Russen bei uns gewütet haben, ich glaube, die Deutschen haben in Sowjetrußland nicht minder große Untaten begangen. Die Zahl der russischen Kriegsgefangenen, die man bei uns absichtlich hat verhungern lassen, im wahrsten Sinne des Wortes, geht in die Millionen ...“⁴⁵

Doch der Historiker, der an längst vergangene, wichtige Vorgänge wieder erinnert, darf eben nicht allein, wie es heute weithin üblich ist, die humanitären und moralischen Aspekte in den Mittelpunkt rücken, ist vielmehr verpflichtet, die unterschiedlichen Elemente eines Vorgangs zu erwähnen und zu gewichten, die damals mit im Spiel waren. Bei den Moskauer Verhandlungen waren das neben der Kriegsgefangenenfrage und der strittigen Aufarbeitung der deutsch-sowjetischen Vergangenheit die Normalisierungsproblematik mit der Sowjetunion, das unter einer dünnen Decke liegende Misstrauen der Westalliierten, ganz besonders aber die Zweistaatenproblematik, denn außerhalb der Verhandlungssäle im Kreml, aber doch in greifbarer Nähe, lauerten die Diplomaten der DDR darauf, maximalen Nutzen aus den Verhandlungen zu ziehen, nicht zuletzt aus der Gefangenenfrage.

In diesem Zusammenhang sei abschließend nochmals zu der eingangs angesprochenen Frage der Erinnerungskultur zurückgelenkt. Historische Erinnerungskultur kann überhaupt nur bedeuten, dass der Historiker nach den Prinzipien des Historismus arbeitet: längst Vergangenes ist in seiner ganzen Vielschichtigkeit zu rekonstruieren. Nicht die Simplifizierung oder die Moralisierung oder die historische Anklage ist dem Historiker aufgegeben, sondern die nüchterne, kritische Differenzierung. Eine Erinnerungskultur ohne Geschichtskultur wäre nichts wert. Vor allem muss der Historiker sich von dem fernhalten, was Nietzsche als „monumentalische Geschichtsschreibung“ bezeichnet hat, sei das eine Monumentalität unkritischer Heldenverehrung oder die Monumentalität historischer Monster und Monstrositäten. Da unsere Medien, unsere Parteien und unsere Feuilletons heute ganz unkritisch auf das Jahrestags- und Gedenk-Erinnern abfahren, wird sich auch die Geschichtswis-

44 Die CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag (wie Anm. 33), Sitzung am 15.9.1955, S. 767.

45 Adenauer: „Wir haben wirklich etwas geschaffen.“ (wie Anm. 27), Sitzung am 30.9.1955, S. 610.

senschaft der Aufforderung zur Mitwirkung nicht ganz entziehen können. Immerhin ermöglicht das, in einer zusehends der sicheren Geschichtskenntnisse ermangelnden Gesellschaft wenigstens bei bestimmten Jahrestagen historische Erkenntnisse in eine breitere Öffentlichkeit zu transportieren. Doch auch dabei muss der Historiker bei der Wahrheit bleiben, und das heißt: Kritisch rekonstruieren, wie es eigentlich gewesen ist, aber nicht konstruieren, wie wir die Geschichte heute sehen sollten. In diesem Sinn war es mir ein Vergnügen, die vor 50 Jahren angetretene Reise ins Unbekannte historisch zu beleuchten und vielleicht einige vergessene Aspekte in Erinnerung zu rufen.